

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Rosemarie Hein, Kathrin Senger-Schäfer, Dr. Petra Sitte, Herbert Behrens und der Fraktion DIE LINKE.**

### **„Soforthilfeprogramm Kultur“ zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur einrichten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kultur ist das Fundament unserer Gesellschaft als demokratisches Gemeinwesen. Es ist Aufgabe der Politik, dieses Fundament zu sichern und zu stärken. Noch verfügt dieses Land über eine außerordentlich reiche kulturelle Infrastruktur in öffentlicher und freier Trägerschaft. Diese kulturelle Vielfalt aber ist jetzt hochgradig gefährdet.

Die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise bedrohen auch und gerade die Kulturstrukturen. Bedingt durch Steuerausfälle und steigende Belastungen stehen immer mehr Kommunen vor dem Problem, ihre laufenden Aufgaben nicht mehr wahrnehmen zu können. Kürzungen setzen oft bei den sogenannten freiwilligen Leistungen wie der Kulturförderung an. Sie führen zu einer sinkenden Quantität und Qualität von Angeboten und gerade in jüngster Zeit sogar zur Aufgabe von öffentlichen Kultureinrichtungen, von Theatern, Museen, Bibliotheken und kulturellen Projekten freier Träger.

Der Deutsche Kulturrat als Spitzenverband der Bundeskulturverbände warnt seit einem Jahr vor einer großen Sparwelle als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise, die besonders die kommunalen Kulturstrukturen treffen wird. Deren Auswirkungen werden jetzt auf breiter Front sichtbar. So soll z.B. das Wuppertaler Schauspielhaus geschlossen werden. In Köln sollen die Kulturausgaben um 30 Prozent gesenkt werden. Der Kulturrat fordert daher einen Nothilfefonds des Bundes als Überbrückungshilfe für kommunale Kulturstrukturen. Auch die Kulturpolitische Gesellschaft fordert ein Substanzerhaltungsprogramm des Bundes und der Länder, um öffentliche und freie Kultureinrichtungen in den Kommunen vor dem Ruin zu bewahren.

Es ist also höchste Zeit umzusteuern und Maßnahmen zur finanziellen Stärkung von Ländern und Kommunen und zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur in der Krisensituation zu ergreifen.

Kurzfristig geht es vor allem darum, einen kulturellen Kahlschlag in den Städten und Gemeinden in der aktuellen Haushaltsnotlage zu verhindern. Zu bedenken ist: Im kulturellen und künstlerischen Bereich einmal „abgewickelte“ Einrichtungen und Projekte wie auch aufgelöste Netzwerke bleiben verloren, sie lassen sich nicht wieder aufbauen.

Darüber hinaus sind die Länder und Kommunen finanziell wieder in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben zur Daseinsvorsorge nachkommen zu können. Nötig sind ebenso sichere gesetzliche Grundlagen dafür, dass Bund und Länder bei der Kulturfinanzierung zusammenwirken können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

Mit den Ländern Gespräche aufzunehmen über ein „Soforthilfeprogramm Kultur“ zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur in der aktuellen Haushaltsnotsituation in den Ländern und Kommunen und dafür einen Anteil des Bundes von einer Milliarde Euro bereit zu stellen. Ziel sollte es sein, im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen über den Erhalt der baulichen Substanz hinaus die Arbeit der Kulturstätten weiterhin zu gewährleisten. Es sollte sichergestellt werden, dass die kommunale Kulturinfrastruktur mit einem solchen Hilfsprogramm tatsächlich zusätzlich unterstützt wird und auch jene Kommunen daran partizipieren können, die aufgrund ihrer Finanzsituation keinen Eigenanteil dazu leisten können.

Berlin, den 27. Januar 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

elektronische Vorab-Fassung\*